

## **Abstract für den Momentum-Kongress 2025**

### **Track 5- Wohlstand organisieren: innerhalb und außerhalb von Organisationen**

**Titel: "Wohlstand neu verorten: Perspektiven aus der Praxis des Vereins Together"**

#### **Einleitung**

Der Verein Together gilt als eine der zentralen zivilgesellschaftlichen Pionierinitiativen in Kärnten und nimmt zunehmend eine Vorreiterrolle ein. Er zeigt im Alltag, wie sich alternative Vorstellungen von Wohlstand praktisch erproben lassen – nicht abstrakt, sondern erfahrbar für tausende Menschen, die in den vergangenen Jahren in Kontakt mit den Angeboten gekommen sind.

Kernstück der Arbeit sind die Together Points: Orte, die zugleich Versorgungszentren, soziale Treffpunkte und Bildungsräume sind. Dort werden Lebensmittel und Gebrauchsgüter vor der Entsorgung bewahrt und allen Menschen zur Verfügung gestellt – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder sozialem Status. Anders als klassische Sozialmärkte oder karitative Einrichtungen ist der Zugang nicht an Bedürftigkeitsnachweise gebunden. Menschen können nehmen, geben oder sich einfach aufhalten. Gerade in ländlichen Regionen, in denen soziale Treffpunkte verschwinden, gewinnen diese Räume besondere Bedeutung: Sie verbinden materielle Versorgung mit Begegnung, Anerkennung und Gemeinschaft.

Darüber hinaus entwickelt Together weitere Projekte mit klarer politischer Signalwirkung: Das Nachernteprogramm ESSBAR adressiert die strukturelle Verschwendung in der Landwirtschaft, indem Überschüsse nach der Haupternte eingesammelt und verteilt werden. Second-Hand-Märkte tragen zur Ressourcenschonung bei und eröffnen Zugänge zu leistbaren Gütern. Bildungsangebote in Schulen und Gemeinden stärken das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Solidarität. Veranstaltungen öffnen Räume, in denen neue Formen des Miteinanders entstehen. Besonders hervorzuheben ist auch das Format des Repair Cafés, in dem gemeinsam mit Freiwilligen Elektrokleingeräte repariert werden. Damit wird nicht nur Abfall vermieden, sondern auch Wissen geteilt und Selbstwirksamkeit gestärkt.

Politisch wird dabei sichtbar: Together ist mehr als eine „Hilfsorganisation“. Der Verein schafft gelebte Infrastrukturen, die Versorgung, Gemeinschaft und Sinn miteinander verbinden. Er zeigt, dass Wohlfahrt nicht allein in den Kategorien von Markt und Staat gedacht werden muss, sondern dass zivilgesellschaftliche Selbstorganisation eine tragende Rolle spielen kann. Gerade in einer Zeit, in der klassische Sozialstaatlichkeit unter Druck steht und neoliberale Marktlogik dominiert, wird Together zu einem praktischen Gegenentwurf – einem Labor für die Frage, wie Wohlstand demokratisch, solidarisch und ökologisch nachhaltig organisiert werden kann.

Gleichzeitig werden in dieser Praxis auch Spannungsfelder deutlich: Die Abhängigkeit von freiwilligem Engagement wirft Fragen nach Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit auf. Viele der Angebote – vom Sortieren und Verteilen der Lebensmittel über die Organisation von Repair-Café-Terminen bis hin zur Betreuung von Kulturveranstaltungen – beruhen auf der tatkräftigen Mithilfe von Ehrenamtlichen. Diese Menschen investieren ihre Zeit, ihre Fachkenntnisse und oft auch ihre eigenen Ressourcen, um das Funktionieren der Strukturen zu sichern. Ohne dieses Engagement könnten zentrale Bereiche des Vereins nicht aufrechterhalten werden.

Doch genau darin liegt auch eine Problematik: Ehrenamtliche geraten an Belastungsgrenzen, wenn Arbeitsvolumen und Verantwortung steigen, ohne dass eine ausreichende finanzielle oder institutionelle Absicherung gegeben ist. Nicht selten entsteht ein Spannungsfeld zwischen Idealismus und Überforderung – insbesondere dann, wenn Aufgaben übernommen werden, die eigentlich in die Verantwortung staatlicher Daseinsvorsorge fallen sollten. Hinzu kommt, dass ehrenamtliche Arbeit oft unsichtbar bleibt und gesellschaftlich unzureichend anerkannt wird.

Finanzierungsmodelle sind zudem meist projektgebunden und unsicher, sodass auch Koordination, Qualifizierung und Unterstützung der Freiwilligen schwer planbar bleiben. Und die Rechtslage ist für

hybride Strukturen wie Together schlicht nicht geschaffen: Zwischen Vereinsrecht, arbeitsrechtlichen Fragen und Gemeinnützigkeitsauflagen entstehen Grauzonen, die für Ehrenamtliche zusätzliche Unsicherheit bedeuten.

Diese Brüche verdeutlichen, dass die Initiative nicht nur innovativ ist, sondern auch ein politisches Lehrstück: Sie zeigt die Potenziale einer gemeinwohlorientierten Praxis – und zugleich die systemischen Grenzen, die deutlich machen, dass freiwilliges Engagement zwar eine enorme Ressource darstellt, aber ohne strukturelle Absicherung kein Ersatz für staatliche Verantwortung sein darf.

### **Was bedeutet Wohlstand im 21. Jahrhundert?**

Diese Frage wird zunehmend relevanter in Zeiten multipler Krisen. Lange Zeit wurde Wohlstand nahezu ausschließlich mit wirtschaftlichem Wachstum, steigendem Konsum und materieller Absicherung gleichgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt galt als zentrale Messgröße, an der gesellschaftlicher Fortschritt abgelesen wurde. Doch dieses Modell gerät immer stärker unter Druck: Ökologische Grenzen zeigen, dass grenzenloses Wachstum auf einem endlichen Planeten nicht möglich ist. Soziale Ungleichheit wächst trotz ökonomischer Gesamtsteigerungen, und viele Menschen erleben ein zunehmendes Gefühl von Isolation und Sinnverlust, obwohl die materiellen Grundbedürfnisse statistisch gesehen gedeckt scheinen. Wohlstand in seiner klassischen Definition verliert damit seine Überzeugungskraft – er beschreibt zwar den Reichtum einer Volkswirtschaft, aber nicht das gute Leben für alle.

Der Verein Together bietet hier eine alternative Perspektive, die auf einer grundlegenden Verschiebung beruht: Wohlstand wird nicht länger über Besitzstände oder Einkommen definiert, sondern über Teilhabe, Versorgungssicherheit, Sinn und Gemeinschaft. Diese Dimensionen greifen Aspekte auf, die in der bisherigen ökonomischen Logik marginalisiert wurden. Wohlstand bedeutet demnach nicht in erster Linie, „mehr“ zu haben, sondern in einem stabilen sozialen Gefüge zu leben, Zugang zu den notwendigen Ressourcen zu haben und das Gefühl, gebraucht und eingebunden zu sein.

Gerade in einer Zeit, in der die Kluft zwischen Arm und Reich spürbar wächst und immer mehr Menschen trotz Arbeit unter prekären Bedingungen leben, entfaltet dieser Ansatz besondere Relevanz. Klassische Erwerbsarbeit verliert ihre Garantie auf soziale Sicherheit; viele Haushalte müssen trotz Vollzeitarbeit auf zusätzliche Unterstützung zurückgreifen. Gleichzeitig steigt der gesellschaftliche Druck durch Vereinzelung, Leistungszwang und Konkurrenzlogiken. Das Ergebnis ist eine Wohlstandsgesellschaft, die zwar statistisch „reich“ ist, deren Mitglieder sich aber oft arm an Zeit, Gemeinschaft und Sicherheit fühlen.

Die politische Brisanz - wenn Wohlstand als kollektives Gut verstanden wird, verändert sich der Blick auf Politik und Gesellschaft grundlegend. Es geht dann nicht mehr nur darum, Einkommen zu steigern, sondern Strukturen zu schaffen, die gemeinschaftliche Resilienz und soziale Sicherheit stärken. Projekte wie Together sind in diesem Kontext nicht bloß „Hilfe für Bedürftige“, sondern Bausteine einer neuen Wohlstandsdefinition, die von unten wächst. Sie machen sichtbar, dass Menschen jenseits von Markt und Staat selbst neue Formen solidarischen Miteinanders entwickeln – und dass diese Formen Antworten geben, wo traditionelle Wohlstandsindikatoren versagen.

### **Wohlstand jenseits des BIP**

Hier zeigt sich ein wesentlicher Beitrag des Vereins zur theoretischen Debatte: Wohlstand wird nicht in monetären Kennzahlen bemessen, sondern in sozialer Dichte, ökologischer Nachhaltigkeit und gemeinschaftlicher Resilienz. Together konkretisiert damit eine alternative Wohlstandstheorie, wie sie in der internationalen Debatte etwa von Kate Raworth (Donut-Ökonomie) oder von postwachstumstheoretischen Ansätzen diskutiert wird. Während BIP-Zahlen Wachstum messen, bleibt unklar, ob Menschen tatsächlich besser leben. Together fragt stattdessen: Haben Menschen Zugang zu Ressourcen, Gemeinschaft, Sicherheit und Sinn?

Im Momentum-Kontext bedeutet das: Der Verein liefert ein lokales Beispiel für eine Debatte, die global geführt wird. Er zeigt, dass Alternativen nicht nur denkbar, sondern auch machbar sind – und dass sie besonders dort entstehen, wo Menschen Handlungsspielräume nutzen, anstatt auf große politische Veränderungen zu warten. Gleichzeitig legt er offen, dass politische Unterstützung notwendig ist, damit solche Modelle nicht an ihre Grenzen stoßen.

Die öffentliche Debatte über Wohlstand ist oftmals von wirtschaftlichen Kennzahlen dominiert. Doch ein wachsendes Verständnis für soziale und ökologische Nachhaltigkeit erfordert neue Perspektiven: Wie organisieren wir Wohlstand so, dass er allen zugutekommt und nicht auf Kosten anderer oder kommender Generationen entsteht? Der Verein Together zeigt, wie Wohlstand lokal, solidarisch und niederschwellig organisiert werden kann.

### **Rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen für das Gemeinwohl neu denken**

Die Arbeit von Together macht exemplarisch sichtbar, wie stark bestehende Rechts- und Steuerstrukturen innovationshemmend wirken. Bürokratische Anforderungen erschweren Kooperationen mit Unternehmen. Gemeinnützigkeitsrecht zwingt Initiativen, Zielgruppen zu definieren und damit Exklusion zu betreiben – was dem Prinzip radikaler Offenheit fundamental widerspricht. Bis vor kurzem verhinderten steuerliche Unsicherheiten und Belastungen, dass Unternehmen systematisch mit gemeinnützigen Vereinen Lebensmittelsachspenden eingehen. Mit der Reform ab 1. August 2024 wurde für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke eine Umsatzsteuerbefreiung eingeführt – allerdings nur unter bestimmten Bedingungen (Spende an begünstigte Einrichtungen, mildtätiger Zweck etc.). Andere Güter fallen weiterhin oft ins steuerliche Risiko.

Dies führt zu einem Paradox: Während Politik öffentlich Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft fordert, scheitern jene, die diese Prinzipien praktisch leben, an den Hürden der Gesetzgebung. Together zeigt so nicht nur ein alternatives Modell, sondern auch die Dysfunktionalität des Status quo. Die Forderungen nach neuen Rechtsformen, nach steuerlichen Anreizen und nach vereinfachter Gemeinnützigkeit sind daher nicht optional, sondern dringend notwendig, um zivilgesellschaftliche Innovation zu ermöglichen.

Der Together Verein zeigt in der Praxis, wie wirkungsvoll gemeinwohlorientierte Initiativen sein können – und gleichzeitig, wie stark sie durch bestehende rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen ausgebremst werden. Ob in der Zusammenarbeit mit Unternehmen wie TKL Lebensmittel Logistik oder bei der Umsetzung innovativer Projekte zur Lebensmittelrettung und sozialen Teilhabe: Bürokratische Hürden, starre Gemeinnützigkeitsregelungen und mangelnde rechtliche Flexibilität erschweren nachhaltige Wirkung.

Es braucht eine klare Rückbesinnung auf das, was unsere Verfassung in ihrem Kern verlangt: den Schutz und die Förderung des Gemeinwohls. Dieses darf nicht länger hinter wirtschaftlichen Interessen zurückstehen. Wenn Profite über das Wohl von Mensch und Umwelt gestellt werden, wird der Geist unserer demokratischen Grundordnung verletzt. Der Staat ist nicht dem Markt verpflichtet, sondern den Menschen. Dieses Ungleichgewicht muss endlich klar benannt und politisch korrigiert werden.

### **Zentrale Forderungen für eine gemeinwohlorientierte Zukunft:**

Die politischen Forderungen des Vereins ergeben sich unmittelbar aus seiner Praxis. Sie sind keine abstrakten Ideen, sondern entspringen konkreten Herausforderungen, die im Alltag sichtbar werden. Gerade darin liegt ihre Schlagkraft: Sie machen systemische Lücken deutlich, die nur politisch geschlossen werden können.

Beispiel Lebensmittelrettung: Obwohl jährlich Millionen Tonnen Lebensmittel vernichtet werden, fehlen in Österreich rechtliche Rahmenbedingungen, die eine einfache Weitergabe an gemeinnützige Initiativen ermöglichen. Unternehmen, die mit Together kooperieren wollen, stoßen auf steuerliche

Nachteile und Haftungsfragen. Politische Forderung: eine klare gesetzliche Grundlage für Lebensmittelweitergabe, verbunden mit steuerlichen Anreizen.

Beispiel hybride Strukturen: Together bewegt sich zwischen Verein, Sozialunternehmen, Kulturzentrum und Nachbarschaftsinitiative. Diese Mischform ist innovativ, aber sie passt in keine bestehende Rechtsform. Förderungen verlangen klare Kategorien, die der Realität des Vereins nicht entsprechen. Politische Forderung: neue Rechtsformen für gemeinwohlorientierte Mischstrukturen, die hybride Praxis rechtlich anerkennen.

Beispiel Gemeinnützigkeit: Das Prinzip der Offenheit kollidiert mit den engen Vorgaben des Gemeinnützigkeitsrechts, das meist eine klar definierte Zielgruppe verlangt. Folge: Entweder verliert der Verein rechtliche Vorteile, oder er passt sich an und gibt sein Kernprinzip auf. Politische Forderung: Reform der Gemeinnützigkeitsregelungen, sodass Zugänglichkeit als Gemeinwohlziel anerkannt wird.

Diese Beispiele zeigen: Together ist ein politisches Pionierprojekt, das in der Praxis erprobt, wie Gemeinwohl organisiert werden kann – und zugleich die Lücken sichtbar macht, in denen aktuelle Politik scheitert. Doch genau hier liegt eine Gefahr: Solange Politik Initiativen wie Together nicht strukturell unterstützt, bleibt ihre Arbeit prekär. Es droht die Gefahr, dass der Staat Verantwortung an zivilgesellschaftliche Akteure „auslagert“ und diese faktisch zum Lückenfüller degradiert.

Die Botschaft an den Momentum-Kongress ist klar: Es reicht nicht, diese Initiativen zu bewundern. Sie brauchen politische Absicherung – durch Finanzierungssicherheit, rechtliche Reformen und die Integration in soziale Infrastruktur. Together zeigt, dass alternative Wohlstandsmodelle funktionieren. Die eigentliche Frage lautet: Hat die Politik den Mut, diese Ansätze nicht nur zu tolerieren, sondern als Vorbild in Strukturen zu überführen?

- Einführung neuer Rechtsformen, die sozialen und ökologischen Mehrwert rechtlich anerkennen und gemeinwohlorientierten Initiativen endlich die Strukturen geben, die sie verdienen.
- Eine radikale Vereinfachung der Gemeinnützigkeitsanerkennung – besonders für mutige, sektorübergreifende und wegberaubende Projekte, die heute oft durchs Raster fallen.
- Steuerliche Anreize für echte Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft, Unternehmen und dem öffentlichen Sektor – dort, wo gemeinsam gesellschaftlicher Mehrwert entsteht.
- Die Möglichkeit, rechtlich begleitete Modellprojekte umzusetzen – damit visionäre Vorhaben wie der Together Verein praxistauglich erprobt und skaliert werden können.
- Eine klare politische Rückbesinnung: Das Gemeinwohl muss wieder an erster Stelle stehen – nicht Profitlogik oder Einzelinteressen. Unsere Verfassung verpflichtet uns dazu.

### **Die Praxis von Together: Zwischen Versorgung und sozialem Raum**

Ein zentrales Unterscheidungsmerkmal von Together ist die radikale Offenheit seiner Strukturen. Anders als viele sozialstaatliche Angebote verzichtet der Verein vollständig auf Bedürftigkeitsprüfungen oder Zugangshürden. Jeder Mensch kann die Angebote nutzen – egal ob mit geringem Einkommen, als Zugewanderter, als Studierender oder als Pensionist. Dieses Prinzip schafft nicht nur materielle Zugänge, sondern bricht mit einer zentralen Logik wohlfahrtsstaatlicher Verwaltung: der Kategorisierung und Hierarchisierung von Bedürftigkeit.

In den Together Points lässt sich diese Offenheit beobachten: Eine alleinerziehende Mutter nimmt Lebensmittel für ihre Kinder mit; gleichzeitig stellt ein lokaler Betrieb unverkaufte Waren zur Verfügung; eine Gruppe Jugendlicher organisiert eine Konzertreihe im selben Raum; Nachbarn treffen sich spontan zum Kaffee. Dieses Nebeneinander unterschiedlichster Lebensrealitäten macht die Orte

zu sozialen Knotenpunkten, die weit über die reine „Bedarfdeckung“ hinausgehen. Hier entstehen Räume, in denen Begegnung, Wertschätzung und Solidarität erlebbar werden.

Politisch ist dieses Prinzip der Offenheit subversiv: Es widerspricht der Tendenz, soziale Leistungen an Bedingungen, Kontrolle und Misstrauen zu knüpfen. Es verweigert die Trennung zwischen „Helfenden“ und „Hilfsbedürftigen“. Es behauptet, dass Versorgung nicht bevormundend organisiert werden muss, sondern auf gegenseitigem Vertrauen beruhen kann.

Kritisch betrachtet entstehen jedoch auch Spannungen: Manche Menschen nehmen mehr als andere, es kommt zu Konflikten über Gerechtigkeit oder Mitverantwortung. Ehrenamtliche fühlen sich teils überfordert, wenn klare Regeln fehlen. Und politisch Verantwortliche äußern Bedenken, ob eine so offene Struktur „funktionieren“ kann. Gerade diese Konflikte sind aber produktiv: Sie machen sichtbar, dass soziale Gleichheit nicht abstrakt verordnet werden kann, sondern im Alltag ausgehandelt werden muss. Together wird damit zu einer Plattform demokratischer Praxis, in dem Menschen lernen, miteinander zu verhandeln, zu teilen und Verantwortung zu übernehmen.

In einem Momentum-Kontext ist das entscheidend: Offenheit ist hier nicht nur eine organisatorische Praxis, sondern eine politische Setzung. Sie formuliert eine Alternative zur neoliberalen Interpretation von Eigenverantwortung: Während diese Eigenverantwortung als individuelle Anpassungsleistung versteht, definiert Together sie als Verantwortung füreinander. Darin liegt der transformative Kern des Projekts: Es macht eine andere Soziallogik erfahrbar – eine, die nicht auf Markt oder Bürokratie gründet, sondern auf Solidarität und Vertrauen.

Die Together Points sind Orte des Teilens, die ein neues Verständnis von Versorgung entwickeln. Hier wird nicht gefragt: „Was fehlt dir?“, sondern: „Was brauchen wir als Gemeinschaft, und was können wir einander geben?“ Diese Logik verändert das Selbstverständnis der Teilnehmenden. Aus passiven Empfängern werden aktive Mitgestalter. Das unterscheidet Together von klassischen Hilfsangeboten, die Menschen in Rollen festschreiben.

Doch auch die Schattenseiten sind sichtbar: Konflikte über gerechte Verteilung, Überforderung von Ehrenamtlichen, Spannungen zwischen Offenheit und organisatorischer Stabilität. Diese Probleme dürfen nicht verschwiegen werden – sie zeigen vielmehr, dass demokratische Aushandlung und kollektive Verantwortung im Alltag erlernt werden müssen. Together ist damit nicht nur ein Versorgungsprojekt, sondern ein soziales Labor, in dem Konflikte nicht umgangen, sondern bearbeitet werden.

Together betreibt in ganz Kärnten sogenannte "Together Points", in denen Lebensmittel und Gebrauchsgüter vor der Entsorgung gerettet und zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus bietet der Verein Projekte wie das Nachernteprogramm ESSBAR, Bildungsangebote, kulturelle Veranstaltungen und Second-Hand-Märkte. Der Zugang ist für alle offen und spendenbasiert. Dies schafft eine Kultur der Begegnung, der Wertschätzung und des Gebens & Nehmens. Gerade angesichts wachsender Ungleichheit und sozialer Spaltung bieten solche Räume eine konkrete Antwort auf die Frage, wie Unterstützung, Würde und Teilhabe neu organisiert werden können.

### **Organisationsformen von Wohlstand: innerhalb und außerhalb von Institutionen**

Together ist als hybride Struktur zu verstehen: formal im Vereinswesen verankert, jedoch getragen von Engagement, Ehrenamt und regionalen Netzwerken. Wohlstand entsteht nicht durch zentrale Verteilung, sondern in gemeinschaftlicher Praxis – durch Vertrauen, geteilte Verantwortung und die Erfahrung kollektiver Handlungsfähigkeit.

Dabei zeigen sich aber auch klare Spannungsfelder: Die Finanzierung ist unsicher und meist projektgebunden. Die Abgrenzung zwischen freiwilliger Mitarbeit und organisatorischer

Verantwortung bleibt eine ständige Herausforderung. Dabei besteht die Gefahr, dass strukturelle Probleme durch ehrenamtlichen Einsatz lediglich kompensiert werden.

So wird Together zu einem Beispiel dafür, wie Wohlstand jenseits klassischer Institutionen organisiert werden kann – und welche Grenzen sichtbar werden, wenn diese Verantwortung fast ausschließlich auf das Gemeinwesen verlagert wird.

### **Kritische Reflexion: Von der Nische zur Struktur?**

Die entscheidende Frage lautet: Kann ein Projekt wie Together strukturelle Wirkung entfalten, oder bleibt es auf die Nische beschränkt? Bisher zeigt sich: Die Nachfrage wächst. Der Staat profitiert indirekt, indem soziale Lücken gefüllt werden, übernimmt jedoch keine Verantwortung. Es besteht die Gefahr, dass solche Initiativen instrumentalisiert werden – als Ersatz für staatliche Daseinsvorsorge.

Um dies zu verhindern, braucht es einen klaren politischen Rahmen. Vereine wie Together dürfen kein Nischenprojekte bleiben, sondern müssen gesamtgesellschaftlich eingebettet werden. Das heißt: Finanzierungssicherheit, Integration in Sozial- und Infrastrukturpolitik, rechtliche Anerkennung. Ohne diese Unterstützung droht eine Überlastung, die letztlich das Gegenteil bewirkt: Frustration statt Empowerment.

Hier liegt die Brisanz für den Momentum-Kongress: Wenn Wohlstand neu organisiert werden soll, reicht es nicht, Initiativen zu loben. Es braucht politische Entscheidungen. Wir machen sichtbar, was möglich ist und die Politik muss den nächsten Schritt gehen.

Während Together den lokalen Bedarf unmittelbar benennt, bleibt die Frage offen, inwiefern solche Modelle zukünftig anerkannt werden. Wie kann eine Form gemeinschaftlich verstandenen Wohlstands in politische und wirtschaftliche Systeme übertragen werden? Entscheidend ist, dass dabei Offenheit und Menschlichkeit erhalten bleiben. Wie vermeiden wir, dass ehrenamtliche Strukturen jene Lücken füllen müssen, die eigentlich gesellschaftlich abgesichert gehören? Die Schere zwischen Arm und Reich macht solche gemeinwohlorientierten Strukturen nicht nur zu sozialen Modellen, sondern zu einem zentralen Pfeiler demokratischer Resilienz.

### **Fazit**

Together zeigt auf seine Einzigartigkeit, dass Wohlstand nicht als individueller Besitz, sondern als gemeinschaftliches Gelingen gelebt wird. Der Verein ist zugleich praktisches Beispiel und politisches Argument. Er macht deutlich, dass Teilhabe, Versorgungssicherheit, ökologische Verantwortung und soziale Bindung zentrale Werte von Wohlstand im 21. Jahrhundert sind.

Gleichzeitig legt es die Defizite des bestehenden Systems offen: ein Sozialstaat, der zu stark auf formale Bedürftigkeitsprüfungen setzt; ein Steuersystem, das Kooperationen erschwert; und hybride Modelle die keinen Rahmen haben. Die politische Aufgabe lautet daher: Diese Lücken zu schließen und Initiativen wie Together nicht nur zu dulden, sondern aktiv zu fördern.

Für die Momentum-Debatte ist der Verein damit ein Lackmустest: Er zeigt, dass alternative Wohlstandsmodelle funktionieren – aber nur, wenn die Politik den Mut hat, sie in den Mainstream zu überführen. Die Frage, die bleibt, lautet: Wollen wir Wohlstand weiter als Wachstumszahl messen, oder endlich als das, was er wirklich ist – die Fähigkeit einer Gesellschaft, allen Menschen ein gutes, solidarisches und ökologisch tragfähiges Leben zu ermöglichen?

Der Verein Together ist ein konkretes Beispiel für eine andere Form des Wohlstandes: Gemeinwohlorientiert, niedrigschwellig, gemeinsam.

Wohlstand neu zu denken bedeutet letztlich, ihn neu zu fühlen – nicht als individuellen Besitzstand, sondern als Gemeingut.

Together zeigt, dass dies möglich ist.

Die Frage nach dem "Wie" des Wohlstands geht Hand in Hand mit der Frage nach dem "Wer" und "Wozu". Und sie beginnt nicht im Parlament, sondern vor Ort, im gelebten Alltag wo wir wertschätzend miteinander wirken.